Abg. Hartmann führte aus, seine Fraktion halte ihre bereits im heutigen Kreisausschuss geäußerten Bedenken hinsichtlich der Stimmbindung in § 8 der Satzung aufrecht. Im Übrigen begrüße die SPD-Kreistagsfraktion die Gründung dieser Entsorgungskooperation, die lange überfällig gewesen sei. Ein einheitliches Versorgungsgebiet spreche auch für einheitliche Lösungen. Der seinerzeit von der Mehrheit beschrittene Weg habe die Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Sieg-Kreis eine Menge Geld in Form von überhöhten Gebühren, unnötigem Arbeitsaufwand und Prozess- und Anwaltskosten gekostet. Er dankte der RSAG und der Verwaltung für die umfangreichen Vorarbeiten und wünschte der neuen Entsorgungskooperation viel Erfolg. Er hoffe, dass dies ein Erfolgsmodell werde, ein erster Schritt hin zu weiteren vertiefenden Kooperationen sei und weitere regionale Partner den Weg in diese Entsorgungskooperation finden.

Der Landrat erläuterte, die Frage der Stimmrechtsbindung in § 8 der Satzung sei nochmals überprüft worden. Durch die Formulierung, dass bei Stimmengleichheit der Beschlussvorschlag oder Antrag als abgelehnt gelte, sei sichergestellt, dass für ein positives Votum eines Verbandsmitglieds die Stimmenmehrheit der stimmberechtigten Mitglieder dieses Verbandsmitgliedes erforderlich sei. Komme keine Mehrheit zu Stande, gelte dies somit als NEIN-Stimme. Diese Frage sei auch im Rat der Stadt Bonn in gleichem Sinne beantwortet worden und solle – nach Auskunft der RSAG-Geschäftsführerin – in der Geschäftsordnung nochmals klargestellt werden.

Abg. Dieter Müller nahm Bezug auf § 11 der Satzung, wonach Beiräte gewählt werden können. So werde es hier einen Regional- und einen Strukturbeirat, auch im Hinblick auf spätere evtl. Erweiterungen des Entsorgungsgebietes, geben. Die Stadt Bornheim habe zudem im Rahmen einer Resolution an den Kreisumweltausschuss die Gründung eines Kommunalbeirates beantragt.

Der Landrat stellte das Einvernehmen der Mitglieder des Kreistages fest, diesen Resolutionsantrag des Rates der Stadt Bornheim zur weiteren Beratung in den Umweltausschuss zu verweisen. Er empfehle die Gründung eines solchen Kommunalbeirates mit Zuständigkeit für den gesamten Bereich der Abfallwirtschaft, also nicht nur die Entsorgung, sondern auch Sammeln und Transport.

Abg. Smielick begrüßte namens seiner Fraktion diese Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn sehr. Dies sei auch keine Einbahnstraße. Vielmehr ergänze man sich gut und könne voneinander profitieren, da Bonn über eine Müllverbrennungsanlage und der Rhein-Sieg-Kreis über eine Deponie verfüge. Hierdurch werde auch langfristig Entsorgungssicherheit hergestellt. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass durch eintretende Synergieeffekte die Gebühren gesenkt werden können. Wenn es Vorteile bringe, sollte man zudem über eine Erweiterung des Entsorgungsgebietes nachdenken. Die FDP-Kreistagsfraktion unterstütze daher die Gründung des Zwecksverbandes.

Abg. Köhler führte aus, die Gründung dieser Entsorgungskooperation sei für ihn der Schlussstein im Aufbauwerk einer kommunal verantworteten Abfallwirtschaft, auch wenn man noch einige Altlasten aufzuarbeiten hätte. Man korrigiere damit einen Irrweg, der seinerzeit von der damaligen Kreistagsmehrheit von CDU und FDP beschritten worden sei. Leitende Mitarbeiter der Privatwirtschaft, die die Abfallwirtschaft im Rhein-Sieg-Kreis und in der Stadt seinerzeit bestimmten, hätten hier mit krimineller Energie gegen die Interessen der Bevölkerung gehandelt und der Privatwirtschaft Profit maximierend zugearbeitet. Diese Korruptionsfälle hätten allen Beteiligten die Augen geöffnet, dass die Abfallentsorgung in kommunale Hände gehöre. Die Gründung dieser Kooperation sei eine zukunftsfähige Grundlage, die durch eine

evtl. regionale Erweiterung noch nachhaltiger werde. Nachdem nun in der aktuell vorliegenden Fassung der Zweckverbandssatzung die Mitwirkungsrechte der entsandten Kreistagsmitglieder verbessert worden seien, sei auch formal nichts mehr gegen die Gründung dieses Zweckverbandes einzuwenden. Er begrüße daher ausdrücklich die Gründung des Zweckverbandes und wünsche ihm viel Glück und gutes Gelingen.

Abg. Dr. Fleck bezweifelte, dass die Gründung dieser Kooperation im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Sieg-Kreises sei. Hier werde ein zusätzliches Monstrum geschaffen, wobei er ausdrücklich auf § 12 der Satzung verwies, wodurch man sich elementarer Kompetenzen beraube. Diese Sorge finde auch Niederschlag in der Resolution des Rates der Stadt Bornheim vom 25.09.2008. Auch die in der Verwaltungsvorlage dargestellten Gebührenreduzierungen seien für ihn Wunschvorstellungen. Man müsse hier zu einer einfacheren Art der Zusammenarbeit finden, damit unnötige Kosten für diese aufwendige Struktur vermieden und größere Einsparungen im Interesse der Bürger erzielt werden. Deswegen werde er dem Beschlussvorschlag im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht zustimmen.

Der Landrat wies darauf hin, dass die Mitglieder und Stellvertreter in der Verbandsversammlung von den Fraktionen noch benannt werden müssten.

Abg. Tendler kündigte eine Listenverbindung der SPD- und FDP-Kreistagsfraktionen zur Besetzung der Zweckverbandsversammlung an und bat, dies bei der Besetzung zu berücksichtigen.

Abg. Heuel beantragte eine Sitzungsunterbrechung von ca. 10 Minuten.

Sitzungsunterbrechung von ca. 10 Minuten.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung verdeutlichte der Landrat, es gehe hier um die Entsendung von neun Mitgliedern und deren Stellvertretern in die Verbandsversammlung.

Abg. Heuel teilte mit, dass die CDU- und GRÜNEN-Kreistagsfraktionen ebenfalls eine Listenverbindung eingehen.

Der Landrat stellte fest, dass nachfolgende Personen für die Entsendung in die Verbandsversammlung im Zuge der eingegangenen Listenverbindungen von den Fraktionen benannt wurden:

CDU- und GRÜNEN-Listenverbindung:

Mitglied	**Stellvertreter**
1. Abg. Emil Eyermann	1. Abg. Oliver Krauß
2. Abg. Dieter Müller	2. Abg. Sigrid Leittertorf
3. Abg. Heidi Rackwitz-Zimmermann	3. Abg. Karl Schmitz
4. Abg. Sebastian Schuster	4. Abg. Michael Solf
5. Abg. Claudia Owczarczak	5. Abg. Ingo Steiner
6. Abg. Alfons Weißenfels	6. Abg. Heidi Rahmel

SPD- und FDP-Listenverbindung:

Mitglied	**Stellvertreter**
1. Abg. Gerhard Diekmann	1. Rolf Lindenberg

2. Abg. Werner Albrecht	2. Abg. Jürgen Kusserow
3. Abg. Jürgen Schulz	3. Abg. Harald Eichner
4. Abg. Klaus-Peter Smielick	4. SkB Dr. Volker Boehm

Der Landrat ließ sodann über die vorgeschlagenen Listenverbindungen abstimmen:

Auf die CDU- und GRÜNEN-Listenverbindung entfielen insgesamt 42 Stimmen (inklusive der des Landrates).

Auf die SPD- und FDP-Listenverbindung entfielen insgesamt 25 Stimmen.

Der Landrat stellte fest, dass dies nach dem Wahlverfahren d´Hondt zu folgender Gremienbesetzung führe und ließ hierüber abstimmen: